

Erstmals Lindauer 1. Mai Feier- und Kampftag im Jahre 1891

Der internationale Kongress der Sozialistinnen und Sozialisten am hundertsten Jahrestag der Französischen Revolution beschloss 1889 in Paris die Gründung der II. Sozialistischen Internationale sowie für den 1. Mai 1890 große internationale Kundgebungen der Arbeiterschaft für den 8-Stunden-Arbeitstag und ein ganzes Programm an Schutzgesetzen für die werktätige Bevölkerung.

In Deutschland galten damals noch bis September 1890 die gegen die selbständige Arbeiterbewegung gerichteten Bismarck'schen „Sozialistengesetze“.



Schiffszimmerleute und Schiffsschreiner der Lindauer Werft auf der in Holzbauweise erstellten „Stadt Lindau“, welche am 8. Oktober 1887 vor dem Lindauer Hafen vom Dampfschiff „Habsburg“ gerammt worden und innerhalb von drei Minuten gesunken war. Zu den drei dabei ertrunkenen Menschen gehörte mitten in dieser Zeit der gegen die damals revolutionäre Sozialdemokratie gerichteten „Sozialistengesetze“ der Spinnereiarbeiter Louis Bone aus Sachsen, welcher zuvor in der Schweiz verhaftet worden war und als politischer Häftling mit Hilfe eines „verkappten Schubes“ in das Deutsche Kaiserreich abgeschoben werden sollte. Foto: J. Bilgeri, Lindau; Sammlung Schweizer.

Ein Teil der Lindauer Belegschaft, Maschinenbauarbeiter, Schiffszimmerer und Tischler auf der hiesigen Schiffswerft im Bereich des heute noch verbliebenen Werfthafens zeigte bereits 1891 genug Klarblick und Entschlossenheit, den 1. Mai im internationalistischen Arbeitersinne zu begehen, allerdings erst am arbeitsfreien Sonntag danach. Bereits am 28. April wandte sich deshalb die Bregenzer

Polizeibehörde besorgt an das Lindauer Bezirksamt, weil „hier verbreiteten Gerüchten zufolge die dortige Arbeiterschaft beabsichtige, Sonntag, den 3. Mai Massenausflüge in die benachbarten Städte zu unternehmen“. Falls dies auch mit Richtung Bregenz geplant sei, solle die Lindauer Behörde rechtzeitig den dortigen Behördenleiter informieren. Das Lindauer Bezirksamt schickte seine Polizeispitzel aus und übermittelte als Ergebnis umgehend in die Nachbarstadt, „dass in Bezug auf einen geplanten Ausflug der hiesigen Arbeiterschaft z.Z. noch nichts bekannt ist.“ Beim Bau des neuen Salondampfers Rupprecht seien wohl 40 Arbeiter beschäftigt, „welche

Anhänger der sozialdemokratischen Partei sein sollen.“¹ Soweit die Staatsorgane

Ältestes bekanntes Lindauer Plakat zur Feier des internationalen 1. Mai aus dem Jahre 1912 mit welchem die SPD zur Feier in das damalige Reutiner Arbeiterlokal „Kolosseum“ einlud, heute das Bodenseehotel. Repro: Staatsarchiv Augsburg/Schweizer



ermitteln konnten, wollten diese unter Hinzuziehung eines Agitators aus München eine größere Versammlung veranstalten, hätten aber bisher in Lindau kein Lokal erhalten. Sofern bei einer eventuellen Absage dieses Vorhabens als Ersatz ein Ausflug veranstaltet würde, werde man natürlich gerne Nachricht nach Bregenz geben.

Die Bregenzer Anfrage hatte in Lindaus Polizei- und Verwaltungsstuben hektische Betriebsamkeit ausgelöst. Die Gendarmerie-Mannschaft des Bezirks wurde zusammengetrommelt und das Bezirksamt (heute Landratsamt) wandte sich am 29. April an das Kommando des in Lindau stationierten dritten Bataillons des 3. kgl. Infanterie-Regiments „Prinz Karl von Bayern“ mit der Bitte um Bereitstellung militärischer Kräfte, „da die Veranstaltung das Einschreiten der bewaffneten Macht notwendig machen könnte.“ Die Staatsorgane waren von der Möglichkeit alarmiert, „dass aus Anlass der sozialdemokratischen Maifeier Störungen der öffentlichen Ordnung eintreten, indem die z.Z. dahier bei Fertigstellung des Salondampfers beschäftigten Arbeiter der Ratgeber'schen Fabrik in München eine Zusammenkunft mit schweizerischen und österreichischen Genossen für den 3. Mai beabsichtigen.“ Das dafür vorgesehene Lokal wäre zwar noch nicht

definitiv bekannt, doch sei das in Reutin gelegene bekannte Arbeiterlokal „Kollosseum“ (heute Bodenseehotel) dafür in Aussicht genommen worden. Der eifrige Herr Bezirksamtmann erachte es deshalb gegenüber dem Herrn Bataillonskommandeur „vorläufig für vollkommen zweckentsprechend“, wenn eine genügend große Mannschaft als Sicherheitsgarde in der Kaserne bereitgehalten werde. „Erst wenn die aufgebotene Gendarmerie-Mannschaft nicht ausreichen sollte, um allenfalls beabsichtigte Ruhestörungen zu bewältigen“, werde er „weitere Requisition wegen Aufbietens der bewaffneten Macht“ anfordern. Zusätzlich wurde Lindaus Bürgermeister von Lossow verständigt und die städtische Polizei angewiesen, in den Gemeinden Aeschach, Hoyern und Reutin am 3. Mai Kontrollgänge durchzuführen. Am 4. Mai berichtete Lindaus Bezirksamtmann der Kgl. Regierung über seine Befürchtungen und Maßnahmen in Lindau und dass er inzwischen erfahren habe, dass viele der Arbeiter nach Vorarlberg gegangen oder mit der Bahn gefahren seien. Ziel sei vermutlich eine Zusammenkunft in Bludenz gewesen.²

Lindauer 1. Mai im Jahre 1922

Von Lokomotiven mit roten Fahnen und streikenden Schuhmachern

Der 1. Mai als Feier- und Kampftag der arbeitenden Menschen war in Deutschland seit 1919 Feiertag, seit 1920 allerdings bereits schon wieder, ohne dass an diesem Tag arbeitsfrei gewesen wäre. Auch wurde seine Durchführung inzwischen von Teilen der staatlichen Verwaltung sowie der Unternehmerschaft als Feiertag wieder in Frage gestellt.



Die im Stil des Art Deco gestaltete Postkarte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB zum 1. Mai 1922. Repro: Schweizer, aus der Sammlung Udo Achten.

Wirtschaftlicher Hintergrund vor hundert Jahren war die seit dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) immer stärker ansteigende Preisinflation. So erhöhte sich beispielsweise der Verbraucherpreis für ein Pfund Tafeläpfel von Mitte Dezember 1921 bis Mitte Dezember 1922 von 3,50 Mark auf 43,- Mark, jener für ein Pfund Butter von 31,40 auf 2.000 Mark (!) und jener für ein einziges Ei von 3,- auf 202,- Mark.

Unter diesen Bedingungen waren bereits im Vorfeld der Feier des 1. Mai 1922 vierzehn Lindauer Schuhmachergehilfen mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft ab dem 23. März für rund sieben Wochen in den Streik getreten. Dies geschah ähnlich hinauf bis nach Kaufbeuren. Der Grund hierfür waren die gegenüber der Geldentwertung deutlich zu geringen Arbeitslöhne. Statt dem bisherigen Stundenlohn von 9,- Mark forderten sie deshalb einen von 13,50 Mark. Auf Lindaus Feier des 1. Mai 1922 wurden sie von den anwesenden Gewerkschaftsmitgliedern des Ortskartells des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB deshalb mit Applaus begrüßt. Um die von der kleinen Leder-Gewerkschaft ausbezahlten nur relativ geringen Streikgelder etwas aufzubessern, hatten diese streikenden Gesellen im Gasthaus „Linde“ am Marktplatz selbstorganisiert eine solidarische „Werkstätte streikender Schuhmacher“ eröffnet. Trotzdem drei der Gehilfen ihre Streikbeteiligung vorzeitig abbrachen, konnten die verbliebenen Schuhmachergesellen ihre Forderung bis zum 13. Mai durchsetzen.

Gewerkschaftskartell und Afa-Bund.

Maifeierprogramm

In der Früh Tagwacht durch Gesang und Musik

Sammelpunkt und Abmarsch 1.26 Uhr an der Straßenkreuzung bei der Köchlinwirtschaft. Von hier durch Reutin, Meschach nach der Stadt bezw. an den Seehafen. Sämtliche Branchenvorstände, Kartelldelegierte, Betriebsräte und Vertrauensleute, haben sich um diese Zeit dort einzufinden, da anschließend an die Tagwacht eine wichtige Sitzung abgehalten werden muß.

Im Laufe des Vormittages finden dann von den einzelnen Branchen Versammlungen in den ihnen bekannten Lokalen statt und um 10 Uhr Sammelplatz aller Kollegen im Theatersaal.

Mittags 1 Uhr öffentliche Versammlung
auf der nördl. Seeauffüllung.
Auswärtiger Referent.

Von hier Formierung des
Demonstrationszuges durch Groß-Lindau
daran anschließend Konzert.

Abends 8 Uhr Mai-Feier im Theatersaal
Musik, Theater, Sportl. Aufführungen usw.

Alle Arbeiterfrauen und Arbeiter werden aufgefordert, diesen einzigen Feiertag des Proletariats durch rege Teilnahme an den Veranstaltungen, die dem Sinn des Tages auch entsprechen, zu feiern. Besonders an der Demonstration sollte keiner fehlen; denn wir demonstrieren gegen die maßlose Teuerung der Lebensmittel, besonders der Milch und des Fleisches, dann aber auch für alle uns Gewerkschaftler in der Arbeiterbewegung vorgesteckten Ziele. Also auf zur Maidemonstration.

Der Ausschuß.

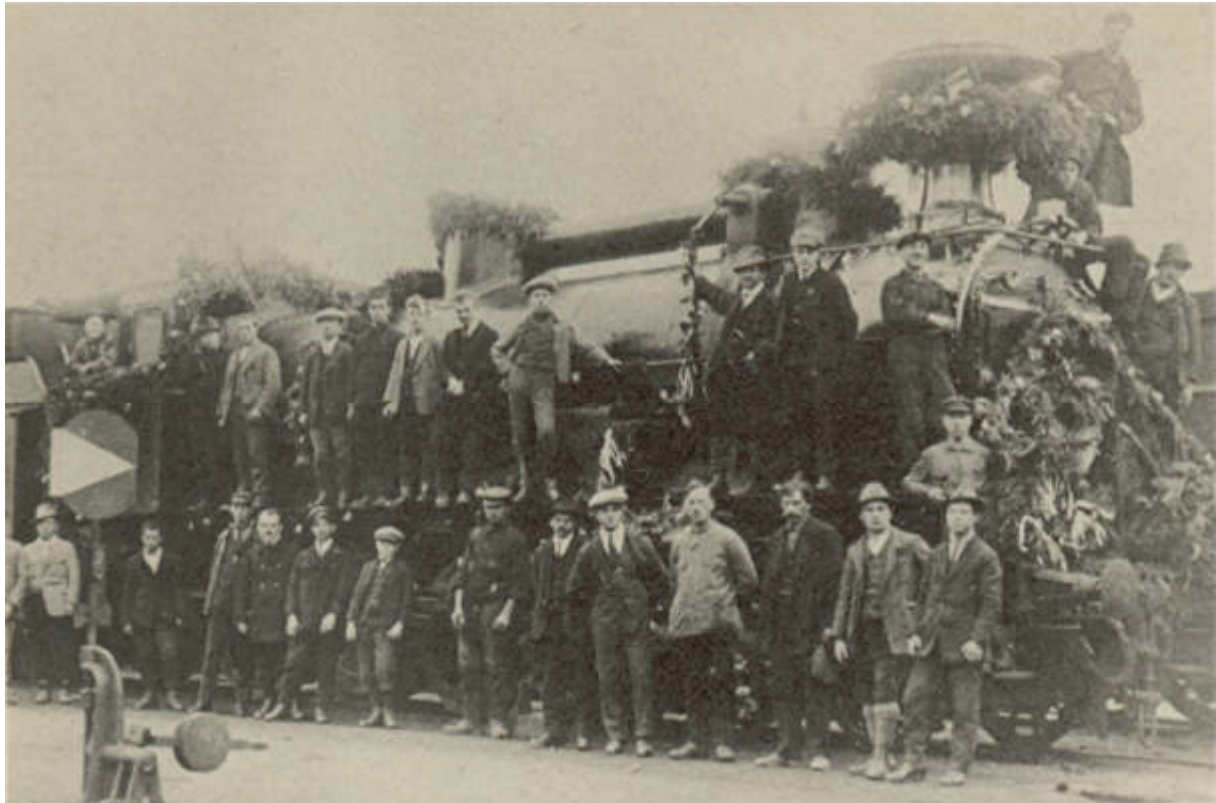
2204

Anzeige zum 1. Mai 1922 im Lindauer Tagblatt vom 29. April 1922. Original im Stadtarchiv Lindau; Repro: Schweizer.

Die 1.Mai-Feierlichkeiten 1922 des Lindauer ADGB hatten in der Frühe mit einem Arbeiter-Musikumzug von Reutin zum Lindauer Seehafen begonnen, waren ab 13.00 Uhr mit einer Demonstration von rund 350 Menschen ab der Seeauffüllung (heute Inselhallenplatz) durch die Altstadt nach Reutin fortgesetzt und abends mit einer Theateraufführung, Musik und Reden im Stadttheater beendet worden.

Obwohl hierbei alles ruhig verlief, war Lindaus konservativer Oberbürgermeister Ludwig Siebert unzufrieden mit dem Geschehen, wie er noch am selben Tag an die

Regierung von Bayerisch Schwaben nach Augsburg meldete. Zusammen mit dem Bezirksamt Lindau (heute das Landratsamt) hatte er befürchtet, dass erneut wie im Vorjahr, sozialistische Vorarlberger Lokomotivführer und Heizer ihre Züge auch am 1. Mai 1922 politisch schmücken und damit nach Lindau fahren würden. Bereits am 22. April hatten sie deswegen die örtliche Polizei alarmiert, weil im Vorjahr, so der Bericht, „zur Feier des 1. Mai die zwischen Bregenz und Lindau wie die übrigen in Vorarlberg verkehrenden Eisenbahnzüge, und zwar hauptsächlich die Lokomotiven, von den österreichischen Bahnangestellten, die offenbar alle oder überwiegend den sozialistischen Parteien angehören, mit Kränzen und roten Bändern geschmückt und mit Aufschriften wie ‚Dem Sieg der Arbeit‘ und dergleichen versehen waren.“³



Eine für den 1. Mai 1925 geschmückte Lokomotive an der Remise des Bahnhofes Bludenz vor ihrer Ausfahrt Richtung Bodensee. Originalfoto aus dem Nachlasse des Lokomotivführers Pius Moosbrugger, Nüziders; Repro: Schweizer.

Um weitere unvorhergesehene Aktivitäten aus der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft zukünftig staatlicherseits ausschließen zu können, schlug Bürgermeister Siebert deshalb der Regierungsbehörde in Augsburg vor: „Auch wenn im Allgemeinen derartige Umzüge ohne Störung der öffentlichen Ordnung vor sich gehen [...], so wäre es doch wünschenswert, wenn für öffentliche Versammlungen oder Umzüge eine Genehmigungspflicht, mindestens aber eine Anmeldepflicht eingeführt wäre.“⁴

Oberbürgermeister Siebert wusste allerdings, dass seinen Kontrollwünschen noch der gültige Artikel 123 der durch die Novemberrevolution von 1918 ermöglichten „Weimarer Verfassung“ von 1919 entgegenstand.

Ab 1930 wurde in Österreich das Schmücken der Lokomotiven durch die organisierte Arbeiterbewegung verboten.⁵

„Gerechtigkeit ist keine Sozialromantik“

Die Lindauer Gewerkschaftsfeier des 1. Mai 2022

„Die Zeiten sind schwierig und die Aufgaben größer, als wie noch vor wenigen Jahren“, begrüßte Walter Föger, ehemaliger langjähriger Betriebsratsvorsitzender bei Engie in Lindau und stellvertretender Vorsitzender des DGB-Ortskartells in Vertretung von Ernst Laufer die knapp 40 Anwesenden auf der diesjährigen Gewerkschaftsfeier des 1. Mai am Lindauer Hafen.

Im Hauptreferat des sonntäglichen Vormittags legte Werner Gloning, langjähriger Vorsitzender des DGB-Bezirk Allgäu des Deutschen Gewerkschaftsbundes Wert darauf, dass er von den vielen dringenden Themen zu denen die Gewerkschaften aktiv sind und sein müssen, heute nur einige wenige ansprechen könne,



Werner Gloning spricht bei der diesjährigen Feier des 1. Mai der arbeitenden Menschen am Lindauer Seehafen auf der Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB Lindau. Foto: Max Strauß.

„Nie habe ich gedacht, dass Krieg in Europa Thema einer meiner Mai-Reden wird. Doch seit dem 24. Februar ist die Welt eine andere. Putins Russland (nicht die Russen) hat Krieg, auch in Europa, wieder zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gemacht. Und dies obwohl Krieg abgrundtief menschenverachtend ist“, begann Gloning seine kämpferische Ansprache. Gerade deshalb dürften die Gewerkschaften und die Menschen überhaupt „das Ziel ‚mehr Frieden schaffen mit weniger Waffen‘ nicht aufgeben.“

Trotzdem, so der Redner weiter, halte er „derzeit Waffenlieferungen an die Ukraine für gerechtfertigt.“



Lindau, Seehafen Café „Graf“

1. Mai 2022 - 10.00 Uhr

Begrüßung: Ernst Laufer DGB Lindau

Mairede: Werner Gloning
DGB Kreisvorsitzender Günzburg

Musik: Mia Luz & Matias Collantes
Gesang und Gitarre

V.V.S.d.P.: L. Debing, DGB KV Alpbach, DGB-Kreis Biberach, Biberachstraße 7

Blieb es an dieser Stelle seiner Maiansprache in der interessierten Zuhörerschaft völlig ruhig, kam deutlicher Beifall erst auf, als er u.a. ergänzte, dass „wir angesichts der zertrümmerten europäischen und weltweiten Sicherheitsarchitektur intensiv und ergebnisoffen diskutieren müssen, wie es weitergehen soll. Natürlich auch über das Thema Rüstung, aber um Gottes Willen nicht nur. Aber reflexartig die Rüstungsspirale hochzudrehen, lehnen wir entschieden ab. Und das für die Zukunft auch noch im Grundgesetz festzuschreiben erst recht.“

Auf das diesjährige 1.Mai-Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten“ des DGB weiter eingehend, forderte Gloning, dass dabei die schreiend ungleiche Verteilung von Besitz und Einkommen auch in der deutschen Gesellschaft beendet werde. Sollten beispielsweise die Folgekosten des Ukrainekrieges und jene zur Rettung

des Weltklimas „auch so ungerecht verteilt werden, wie die der Pandemie, spaltet das unsere Gesellschaft noch weiter und bedroht unsere Demokratie.“ Auch deshalb sei Gerechtigkeit „keine Sozialromantik und kein Luxus für Schönwetterperioden, sondern der Kitt, der eine demokratische Gesellschaft“ zusammenhalte. Dadurch sei sie für Demokratie ganz grundsätzlich systemrelevant.

Die Menschen auch in Deutschland würden zunehmend ihr Vertrauen in die Demokratie und Politik verlieren, wenn sie „keine Perspektiven und keine Hoffnung haben, trotz lebenslanger Arbeit von Altersarmut bedroht sind, wenn sie keine bezahlbare Wohnung bekommen, mit schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen ihr Dasein fristen müssen und die derzeitige Preisinflation sich einfach ‚nicht leisten‘ können.“

Dies bilde dann „gesellschaftspolitischen Sprengstoff und den Nährboden für politische Rattenfänger wie AfD, Querdenker, Reichsbürger*innen und andere Demokratiefeinde.“

Als gesellschaftliche Alternative und Schlüssel für mehr Gerechtigkeit sieht Gloning, neben beispielsweise den aktuellen Tarifkämpfen der Menschen in den Erziehungs- und Sozialberufen, auf politischer Ebene u.a. die Steuerpolitik. „Wir brauchen eine höhere Besteuerung von großen Vermögen, Spitzeneinkommen und großen

Erbschaften. Wenn die BRD die hiesigen Vermögen so besteuern würde, wie die OECD-Staaten dies im Durchschnitt tun, wäre das Steueraufkommen Deutschlands jährlich um rund 30 Milliarden Euro höher. Wir wollen die mehr belasten, die das ohne Finanzberater gar nicht merken und die deswegen nicht einen Millimeter von ihrem Lebensstandard aufgeben müssen. Und wir wollen die entlasten, die jeden Euro Belastung spüren. Mehr Gerechtigkeit geht, wenn man es politisch will.“

Nachdem der Redner noch darauf eindringlich hingewiesen hatte, dass Mitbestimmung der Belegschaften in den Betrieben ein Grundpfeiler jeglicher Demokratie ist und man nicht gleichzeitig im politischen Bereich eine freie Bürgerin sein kann und im Berufsalltag ein Untertan sein soll, belohnte kräftiger und langanhaltender Beifall die kämpferischen Ausführungen des Mai-Redners.

Musikalisch sehr angenehm und mit einem weiten internationalen Repertoire wie selbstverständlich vertraut, umrahmten Mia Luz & Matias Collantes mit Gitarren und Gesang den gelungenen Vormittag bei schönstem Maiwetter.

© Karl Schweizer, www.edition-insetor-lindau.de; Mai 2022

Fundstellen:

¹ „Bau der ‚Rupprecht‘ brachte Garnisons-Alarm“ in Lindauer Zeitung vom 8. Februar 1958.

² Zur Geschichte des 1. Mai in Lindau vgl. Karl Schweizer, „100 Jahre 1. Mai in Lindau“, hrg. vom Ortskartell Lindau des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Lindau 1990; im Stadtarchiv Lindau einsehbar.

³ Schreiben des Bezirksamtes Lindau, i. V. Regierungsrat Sepp, an die kommerzielle Vertretung der Österreichischen Staatsbahn in Lindau-Reutin vom 26.4. 1922; Stadtarchiv Lindau: Sign. B-II-93-8.

⁴ Bericht von Bürgermeister Ludwig Siebert an das Präsidium der Regierung von Schwaben und Neuburg, Lindau, den 2. Mai 1922; Stadtarchiv Lindau: Sign. B-II-93-8.

⁵ Kurt Greussing (Hrsg.): „Im Prinzip: Hoffnung – Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946“, Bregenz 1984, S. 250.